



GEMEINDEAMT PÖRTSCHACH AM WÖRTHER SEE
pol. Bezirk: Klagenfurt-Land
9210 Pörschach am Wörther See, Hauptstraße 153
Tel.: 04272 / 2810; E-Mail: poertschach@ktn.gde.at
www.poertschach.gv.at

Zahl: GR/17
Sachbearbeiter: Ing. Stefan Pinter
Pörschach, am 19.10.2023

NIEDERSCHRIFT - öffentlicher Teil

zur

17. Sitzung des Gemeinderates

am Mittwoch, den 20.09.2023
im Lesesaal im Gemeindeamt

Beginn: 17.00 Uhr

Anwesende Personen:

Bürgermeisterin:

Mag. Silvia Häusl-Benz ÖVP

Gemeinderatsmitglieder:

Ramona Diexer	ÖVP
Mario Gappnig	SPÖ
Erich Göbel	GRÜNE ab 18:37 Uhr (TOP 12)
Martin Gressl	SPÖ
Gabriele Hadl	GRÜNE
Renate Haider	FPÖ
Klaus Köfer	ÖVP
Mst. Christian Kolbitsch	ÖVP
Dieter Mikula	FPÖ
Christoph Neuscheller	ÖVP
Florian Pacher	FPÖ
Robert Schandl	ÖVP
Sabine Scholl	ÖVP

Ersatz-Gemeinderäte:

Johannes Hirsch	ÖVP	Vertretung für Herrn Harald Pagitz
Harald Josef Korak	FPÖ	Vertretung für Frau Dorothea Lang
Raphael Mack	ÖVP	Vertretung für Herrn Oliver Faeser, ab 17:15 Uhr
Alexander Maier	SPÖ	Vertretung für Frau Birgit Alberer
Harald Papitsch	GRÜNE	Vertretung für Herrn Erich Göbel bis 18:37 Uhr
Herbert Paulitsch	ÖVP	Vertretung für Herrn Mag. Sebastian Dernoschnig

Amtsleiter:

Ing. Stefan Pinter, BSc, MA

Amtsschriftführerin:

Melanie Wigoschnig, BA MSc.

Abwesende Personen:

Gemeinderatsmitglieder:

Birgit Alberer	SPÖ	private Gründe
Mag. Sebastian Dernoschnig	ÖVP	private Gründe
Oliver Faeser	ÖVP	berufliche Gründe
Erich Göbel	GRÜNE	private Gründe
Dorothea Lang	FPÖ	gesundheitliche Gründe
Harald Pagitz, MSc	ÖVP	gesundheitliche Gründe

Vor Behandlung der Tagesordnung wird eine Fragestunde gem. §§ 46-49 K-AGO abgehalten.

GV Pacher vom 31.07.2023 um 23:21 Uhr

Frage 1:

Der Gemeindevorstand hat sich im Mai 2023 zwar grundsätzlich für Tempo 30 entlang der Hauptstraße in Pörschach bekannt, aber sich dennoch einstimmig gegen eine Teilnahme an der "VCÖ-Initiative für mehr Tempo 30" ausgesprochen. Warum widersprechen Sie als Bürgermeisterin ihrer eigenen Entscheidung bzw. insbesondere jener des Gemeindevorstands, indem Sie Pörschach nun unter den „unterstützenden Gemeinden“ listen lassen? (Siehe Screenshot der VCÖ-Website, Stand 31.07.2023 oder "ORF Kärnten heute" vom 30.07.2023)

Antwort 1:

Gerne gebe ich dazu eine Klarstellung ab, bezüglich meiner Entscheidung zur "VCÖ-Initiative für mehr Tempo 30" in Pörschach. Meine persönliche Entscheidung als Bürgermeisterin war und ist ganz klar dafür und das habe ich dem VCÖ auch so schon am 4. April mitgeteilt. Dies ist auch auf der Homepage vom VCÖ so vermerkt. Es gibt dort genaue Unterteilungen, ob es eine Unterstützungserklärung des Bürgermeisters, vom Gemeindevorstand oder Gemeinderat ist.

Da ich es positiv sehe, dass wir dadurch mehr Eigenverantwortung bekommen würden, hätte ich gerne noch die Unterstützung vom Gemeinderat gehabt. Es wurde aber in der Diskussion im Mai entschieden, dass der Gemeindevorstand diesen Antrag nicht an den Gemeinderat empfiehlt, und dadurch wurde es einstimmig zurückgewiesen. Gerne lese ich dazu den Beschlusstext vor, damit alle die genaue Wortwahl hören:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat der Gemeinde Pörschach am Wörther See erklärt seine Unterstützung in folgenden Punkten:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer grundlegenden Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität und Verkehrssicherheit in unseren Städten/Gemeinden zu erhöhen und einen Beitrag gegen die Klimakrise zu leisten.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auf Haupt- und Nebenstraßen, insbesondere im Ortszentrum, in Wohngebieten sowie vor Schulen und Bildungseinrichtungen als wichtigen Bestandteil dieser notwendigen Verkehrswende.
3. Wir fordern die Bundesregierung und den Nationalrat auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen in der StVO dahingehend anzupassen, dass Städte und Gemeinden ohne Einschränkungen und Hindernisse Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort umsetzen können, wo sie es mit Hinblick auf die notwendige Verkehrswende für sinnvoll erachten.

Dies wurde dem VCÖ auch so mitgeteilt. Meine Meinung dazu hat sich nicht geändert, da die aktuelle Rechtslage die Gemeinden und Städte auf dem Weg zur notwendigen Verkehrswende behindert. Ich stehe dahinter, dass es einen neuen straßenverkehrsrechtlichen Rahmen braucht, der es ermöglicht, Tempo 30 als verkehrlich, sozial, ökologisch und stadtplanerisch angemessene Höchstgeschwindigkeit überall dort anzuordnen, wo es für sinnvoll erachtet wird. Und dies sollte auch auf Hauptstraßen Verkehrsnetzen sowie auf Landesstraßen innerorts möglich sein. Denn wir kennen am besten die Situationen vor Ort. Darüber hinaus sollte es auch möglich sein eine rechtliche Handhabe für Städte und Gemeinden zu haben -

die gefahrenen Geschwindigkeiten im Ortsgebiet kontrollieren zu dürfen. Und diese österreichweite Unterstützungserklärung habe ich unterschrieben, weil ich dadurch eine Verbesserung für unsere Gemeinde sehe.

Meine Meinung als Bürgermeisterin einer Tourismusgemeinde und warum ich diese Unterstützungserklärung unterschrieben habe – habe ich auch schon in den Medien kundgetan. Gerne wiederhole ich dies noch einmal: Die Gemeinde Pörschach am Wörthersee wird von der Landesstraße B83 durchtrennt und deshalb setze ich mich auch für eine Geschwindigkeitsreduktion in Pörschach ein. Im Jahr 2021 haben wir sogar im Gemeinderat einen gemeinsamen überparteilichen Dringlichkeitsantrag beschlossen. Dieser wird damit begründet, dass es insbesondere in den Sommermonaten zu vielen gefährlichen Verkehrssituationen kommt. Und diese freiwillige Temporeduktion wurde von der Bevölkerung durchwegs positiv aufgenommen. Es geht vor allem um die Sicherheit und um eine bessere Lebensqualität! Es gibt viele Gastgärten entlang unserer Hauptstraße und auch hier würde sich jeder wohler fühlen, wenn die Autos und insbesondere die LKWs langsamer fahren würden. Mir ist bewusst, dass natürlich nicht jeder mit einer Temporeduktion eine Freude haben wird. Aber mir geht es vor allem um Bewusstseinsbildung, welche vielseitige Verkehrsteilnehmer die meisten von uns selbst sind. Viele sind Fußgänger, Radfahrer und letztendlich Autofahrer gleichermaßen. Und von jedem Verkehrsmittel aus hat man eine andere Sichtweise auf die Gesamtsituation. In erster Linie sollten wir durch gegenseitigen Respekt eine nachhaltige Verkehrsberuhigung auf der Hauptstraße und im gesamten Ortsgebiet zusammenbringen.

Zusatzfrage GV Pacher: Warum stimmen Sie im Vorstand dennoch dagegen, obwohl sie wollen, dass sich der Gemeinderat als gesamtes dazu bekennt.

Antwort: Dies war mein Wunsch, dass der Gemeinderat sich bekennt. Die Satzstellung hat einem der Gemeindevorstände nicht gefallen und deshalb wurde dieser Antrag nicht empfohlen. Das bedeutet aber nicht, dass dieser Punkt nicht wieder in die Tagesordnung aufgenommen und die Satzstellung beraten werden könne.

Frage 2:

Jahrelang wurden die Sitzungsgelder in der Gemeinde Pörschach falsch ausbezahlt. Dieser Umstand wurde der Bürgermeisterin durch ein Schreiben der Gemeindeaufsicht bereits im Februar 2023 zur Kenntnis gebracht. Nach heutigem Stand, also knapp ein halbes Jahr später, wurde mit den Betroffenen noch immer nicht diesbezüglich kommuniziert. Welche Schritte wurden seither unternommen, um diesen Fehler schnellstmöglich zu bereinigen?

Antwort 2:

Es ist bedauerlich, dass es in der Vergangenheit Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung der Sitzungsgelder gegeben hat. Die Verordnung wurde 2017 von der Gemeindeabteilung kontrolliert und genehmigt und anschließend im GR mehrheitlich (mit einer Gegenstimme) beschlossen. Der Umstand, dass die Verordnung nicht mit dem Gesetz übereinstimmt, wurde uns im Februar 2023 durch ein Schreiben der Gemeindeaufsicht mitgeteilt. Seitdem haben wir die Angelegenheit sorgfältig geprüft und Schritte unternommen, um diesen Fehler zu bereinigen.

Es wurden alle betroffenen Personen identifiziert und es werden gerade die korrekten Sitzungsgelder rückwirkend bis zum Zeitpunkt des Fehlers berechnet. Wir haben außerdem die notwendigen Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass solche Fehler zukünftig vermieden werden. Die letzten Sitzungstage, die es betroffen hat, wurden auch schon korrekt ausgezahlt.

Ich verstehe die Bedeutung der Transparenz und Kommunikation in dieser Angelegenheit. Sobald wir den Punkt im Gemeindevorstand behandelt haben und im Nachtragsvoranschlag den Betrag aufgenommen, werden wir umgehend die betroffenen Personen kontaktieren und ihnen die notwendigen Informationen zur Klärung und Korrektur ihrer Sitzungsgelder zur Verfügung stellen.

Zusatzfrage GR Gappnig: Dies betrifft nur die Mandatare, die zwei Sitzungen an einem Tag hatten?

Antwort: Auf Wunsch des Fraktionsführers GV Gressl in der letzten Periode wurde nur mehr eine Sitzung pro Tag angesetzt, um eine Vorberatung der Punkte in der Fraktion zu ermöglichen. Der Bitte wurde nachgegangen und sind zwei Sitzungen an einem Tag zur Seltenheit geworden. Bei einer Gemeindevorstandssitzung steht den Vorstandsmitgliedern das doppelte Sitzungsgeld und bei einer Gemeinderatssitzung das einfache Sitzungsgeld zu. Demnach stünde den Gemeindevorständen an einem Tag, an dem zwei Sitzungen abgehalten werden, das dreifache Sitzungsgeld zu.

Zusatzfrage GV Pacher: Halten Sie es jetzt für die korrekte Vorgehensweise, dass sie nun entgegen der trotzdem gültigen Verordnung seit Ende letzten Jahres die Sitzungsgelder zwar gesetzlich korrekt aber entgegen der Verordnung auszahlen?

Antwort:

Der Gemeinderat beschließt heute die Änderung und damit wäre anschließend die Auszahlung auch rechtens, weshalb die Verordnung nicht mehr entgegen das Gesetz stünde.

GR Hadl vom 14.08.2023 um 13:37 Uhr

Frage 1:

Klaus Köfer postet in sozialen Medien als "Vizebürgermeister," das heisst als Vertreter der Gemeinde. Ist das mit der Bürgermeisterin und/oder dem Amt abgesprochen?

Antwort 1:

Er muss es nicht mit dem Amt oder mir als Bürgermeister absprechen, denn er ist der gewählte Vizebürgermeister von der Gemeinde Pörschach am Wörthersee.

Zusatzfrage GR Hadl: Somit sind die Brech-Emojis gegenüber den Grünen die offizielle Meinung der Gemeinde?

Antwort: Generell erachte ich es als wichtig, dass wir respektvoll und konstruktiv miteinander umgehen, insbesondere in den sozialen Medien. Wir sollten alle daran arbeiten, Meinungsverschiedenheiten auf eine positive und konstruktive Weise anzugehen, ohne persönliche Angriffe oder öffentliche Streitigkeiten.

Frage 2:

Wie sieht die Baumbilanz nach den Aufräumarbeiten der Stürmen im Sommer 2023 aus (entfernte Bäume wegen Sturm-, Schädlingsbefall bzw. Krankheit; Fällungen aus anderen Gründen vs. neu gepflanzte)?

Antwort 2:

Laut unserem Bauhofleiter wurde der Großteil durch den Sturm beschädigt oder umgerissen und der Rest der Bäume war krank oder statisch nicht mehr in Ordnung. Demnächst werden rund 15 Bäume nachgepflanzt.

Zusatzfrage GR Hadl: Wie viele Bäume wurden entfernt?

Antwort

Laut unserem Bauhofleiter kann eine genaue Anzahl nicht eruiert werden, da darüber nicht Buch geführt wird.

GV Pacher vom 31.08.2023 um 21:28 Uhr

Frage 1:

Zum „Thema Hauptstraße“ verlautbarte der TVB-Vorstand in der aktuellen Pörschacher Zeitung (Sept. 2023, S.16), dass „nach wie vor“ kein Beschluss „der Gemeinde“ bzgl. eines Kostenbeitrags für eine „Planungsphase mit einem Consulting-Büro“ vorliege. Bislang wurde

weder dem Gemeinderat noch dem Gemeindevorstand oder einen Ausschuss ein entsprechender konkreter Verhandlungsgegenstand vorgelegt. Wie ist die weitere Vorgehensweise in dieser Angelegenheit bzw. hinsichtlich des „Masterplans Hauptstraße“?

Antwort 1:

Ja es gab Gespräche betreffend der Möglichkeiten zum Thema Hauptstraße mit dem TVB. Und ja der TVB hat bezüglich eines Kostenbetrags für ein Angebot angefragt. Da das Angebot „Masterplan Hauptstraße“ mir erst am 20. Juni übermittelt wurde, konnte es auch im Gemeindevorstand im Juni nicht beraten werden. Dies erfolgte aber gleich im darauffolgenden Gemeindevorstand am 11. September. Dort haben wir beschlossen, dass der RBL-Ausschuss darüber beraten soll.

Zusatzfrage GV Pacher: Entspricht aus Ihrer Sicht das vorliegende Angebot dem Beschluss des Gemeinderates hinsichtlich des Masterplans Hauptstraße?

Antwort: Es wurde erbeten, dass mehrere Unternehmen hierzu ein Angebot legen, welche auch über den im Vorfeld getroffenen Beschluss informiert wurden, um schließlich das gewünschte Ergebnis erzielen zu können.

Frage 2:

Mit Beschluss vom 09. Februar 2022 hat der Gemeinderat aufgrund eines Antrages der FPÖ die Ausschreibung einer Lehrlingsstelle für die Gemeinde beschlossen und am 27. April 2022 wurde die Aufnahme eines Lehrlings auf Basis eines Personalauswahlverfahrens vom Gemeinderat beschlossen. Warum wurde entgegen dieser Beschlussfassung infolge kein „Gemeinde-Lehrling“ aufgenommen?

Antwort 2:

Nach der Beschlussfassung wurde das Gemeinde-Servicezentrum über die damalige Situation informiert und auf Anraten des Gemeinde-Servicezentrums wurde seitens der Gemeinde beschlossen, die Aufnahme eines Lehrlings aufzuschieben, da aus zeitlicher und personeller Sicht nicht die gewünschte Qualität möglich gewesen wäre.

Es ist aber auch weiterhin geplant einen Lehrling auszubilden und das wurde auch schon so mit dem Amtsleiter besprochen. Aufgrund der großen Anzahl der neuen Mitarbeiter war es jedoch eine gemeinsame Entscheidung, zuerst diesen die Möglichkeit zu geben sich einzuarbeiten und dann nochmalig auszuschreiben, da es das Ziel ist, dem Lehrling mit bestem Wissen und Gewissen auszubilden und das kann nur gewährleistet werden, wenn die neuen Mitarbeiter auch eingearbeitet sind.

Zusatzfrage GV Gressl: Warum wurde der Lehrling nicht aufgenommen?

Antwort: Der Lehrling konnte wegen der genannten Gründe nicht aufgenommen werden. Aufgrund zeitlicher und personeller Aspekte konnte die Qualität nicht gewährleistet werden.

Zusatzfrage GR Hadl: Woher kam das Geld, mit dem Sie eine Werbeeinschaltung gemacht haben, mit der uns Gemeinderatsmitgliedern ausgerichtet wurde, dass wir einst etwas beschlossen haben aber die Bürgermeisterin nun was anderes macht?

Antwort: Das Geld für die Einschaltung, die viele Gemeinden machen, war budgetiert und wird dies womöglich über die Verfügungsmittel finanziert worden sein.

Zusatzfrage GV Pacher: Bedeutet dies, dass dieses Jahr niemand aufgenommen worden ist und Ihre Erklärung, dass es nur drei Personen gäbe, die in Frage kommen, dass wir keine kompetenten Personen in den letzten eineinhalb Jahren im Haus gehabt haben, die einen Lehrling ausbilden hätten können.

Antwort: Den genannten Personenkreis kennen Sie selbst. Letztlich werde ich die einzelnen Beweggründe nach den Gesprächen mit den Personen im Haus nicht offen darlegen und werde somit ich die Zusatzfrage nicht entsprechend beantworten können.

GR Mikula vom 13.09.2023 um 20:39 Uhr

Frage 1:

Ich bitte um Aufklärung über die Vorgänge im und um das Promenadenbad Pörtschach in der Saison 2023! Man hört hier von Unstimmigkeiten mit Bediensteten, die in einer Kündigung einer Mitarbeiterin gipfelten. Weiteres wird angeblich auch für Kleinkinder ein Eintrittspreis eingehoben, die Familienkarte beinhaltet nur mehr ein Kind, ein Ehepaar mit erwachsenen Kind ist keine Familie, usw....

Antwort 1:

Die Preisliste wurde im Ausschuss diskutiert und im GR mehrheitlich beschlossen. Da seit diesem Jahr das Promenadenbad in die Gemeinde eingegliedert ist, sind wir auch um einiges unflexibler. Ich haben mit dem Ausschussobmann schon gesprochen und er wird über die genannten Punkte im nächsten Ausschuss beraten.

Über persönliche Entscheidungen von Bediensteten kann ich keine Auskünfte geben.

Zusatzfrage GR Hadl: Was bedeutet das, da es mein Eindruck war, dass das Bad nie ausgegliedert war?

Antwort: Das Bad wurde nun finanziell eingegliedert.

Frage 2:

Ich bitte auch um Aufklärung rund um unsere Wanderwege in unserem Gemeindebereich! Die Wanderwege sind unbestritten ein höchst attraktiver Teil unseres Freizeitangebotes für unsere Gäste. Auch ist mir klar, dass die Sturmschäden Anfang Juli verheerende Schäden nach sich gezogen haben, aber trotz allem lokal beschränkt waren. Was dauert in der Behebung der Schäden entlang jener Wanderwege, die nur durch vereinzelt Bäume, oft nur durch Wipfel oder Äste verlegt sind, aber nach wie vor, durch ein fragwürdig angefertigtes Schriftstück gesperrt sind (deren Rechtsgültigkeit ebenso „hinterfragenswert“ wäre), so lange?

Antwort 2:

Dieses Thema betrifft zu 100% den TVB und die Waldbesitzer. Unser Waldbesitz wurde schnellst möglichst aufgeräumt, da der Bauhofleiter sofort reagiert hat. Ein großes Dankeschön für diese Umsichtigkeit. Alles andere betrifft grundsätzlich den TVB und die anderen Waldbesitzer.

Zusatzfrage GR Mikula: Was unternimmt die Gemeinde in Richtung des TVB, da dieses Problem bereits seit 30.06.2023 besteht.

Antwort: Es liegt auch im Interesse des TVB, dass die Wanderwege freigegeben werden und dies wird dieser auch nach und nach machen.

GV Pacher vom 13.09.2023 um 20:41 Uhr

Frage 1:

Bereits im September 2022 hat die Gemeindeabteilung des Landes wie folgt festgestellt: „Auf Grund der Mängel und der Missstände im Rechnungswesen des Betriebs Promenadenbad und der zum Teil nicht nachvollziehbaren finanziellen Verflechtungen mit dem Gemeindehaushalt ist eine vollständige, sämtliche Vermögens- und Fremdmittel umfassende Integration des Betriebs Promenadenbad in den Gemeindehaushalt unumgänglich.“ Warum wurde dieser Prozess nach wie vor nicht vollständig abgeschlossen?

Antwort 1:

Gemäß Rücksprache mit dem Finanzverwalter Hrn. Bettschar war eine vollständige, sämtliche Vermögens- und Fremdmittel umfassende Integration des Betriebs Promenadenbad in den

Gemeindehaushalt erst nach Erhalt dessen Bilanz möglich, weshalb dieser Prozess erst mit 2023 durchgeführt wurde und bereits abgeschlossen.

Frage 2:

– In der Causa „Hausverbot“ hat die Bürgermeisterin in der Gemeinderatssitzung am 29. März 2023 erwähnt, dass rechtliche Schritte geprüft werden und man dann sehen werde, „ob man sich vor Gericht sieht oder nicht“. Was ist der aktuelle Stand der angeblichen Prüfung dieser rechtlichen Schritte?

Antwort 2:

Es wurden keine rechtlichen Schritte im Zusammenhang mit der Caus „Hausverbot“ eingeleitet. Das ist der aktuelle Stand.

GR Hadl vom 13.09.2023 um 21:02 Uhr

Frage 1:

Firmen, an denen Vizebürgermeister Klaus Köfer geschäftliche Interessen hat [Anm. Köfer Maschinenpark, Baum- und Forstservice Wunder], bekommen regelmäßig Aufträge von der Gemeinde. Wie hoch brutto (in Euro) sind in dieser Amtsperiode die Summe dieser Aufträge?

Antwort 1:

Es gibt mehrere Firmen die Aufträge der Gemeinde bekommen und die Auftragsvergabe ist ziemlich ausgeglichen. Insgesamt haben wir hierzu Kosten in der Höhe von ungefähr € 60.000,-- und davon entfallen rund € 27.000, -- auf die genannte Firma.

Zusatzfrage GV Pacher: Wie entfallen die restlichen Kosten in Höhe von € 30.000, -- auf die unterschiedlichen Firmen?

Antwort: Die Vorsitzende gibt an, dass die restlichen € 30.000, -- auf eine andere Firma entfallen, nämlich auf Pohfy.

Zusatzfrage GR Hadl: Wie viel davon entfällt auf Baumfällungen in diesem Jahr?

Antwort: Im Jahr 2023 wurden hierfür vier Aufträge an Baum- und Forstservice in der Höhe von rund € 5.993, -- vergeben. Die Firma Pohfy erhielt hierfür zwei Aufträge, welche in Summe € 12.440, -- ausmachten.

Frage 2:

Zu den Baumfällungen ehem. Skaterplatz/Wohmobil Stellplatz: An der Ostseite wurden im Frühjahr alte Bäume gefällt. Gerade diese, inkl. Totholz und Gebüsch sind aber wichtige Lebensräume für Vögel und Fledermäuse. Im September wurde der Rest entfernt, bis auf einen Streifen an der Straße. Der neue Wohnmobil-Stellplatz wurde damit abgewertet (kein Sicht- und Lärmschutz) und der letzte größere Baumbestand südlich der Bahn verloren. Wie wurde die Entscheidung getroffen, praktisch alle Bäume und Sträucher im Gemeindebesitz zu fällen - wohl wissend dass es sich um ein nach EU Recht zu schützendes Biotop handelt? (Anm. Einige mögen eine Gefahr dargestellt haben, aber alle?)

Antwort 2:

Diese Fläche gehört nicht der Gemeinde. Es ist im Privatbesitz und vom Eigentümer veranlasst worden.

Zusatzfrage GV Pacher: Sind Nachpflanzungen am angrenzenden Grund geplant?

Antwort: Auf unseren Flächen gibt es schon eine natürliche Naturverjüngung. Akazien, Weiden und Erlen. Deshalb ist auch keine Nachpflanzung geplant.

Zusatzfrage GR Hadl: Was wurde von der Gemeinde unternommen, um dem Anrainer zur Kenntnis zu bringen, dass es sich hierbei um ein FFH-Biotop handle.

Antwort:

Der Anrainer hat betreffend der Baumfällung nicht Kontakt mit der Gemeinde aufgenommen, weshalb diese ihn nicht darüber informieren hätte können.

GR Haider vom 13.09.2023 um 21:40 Uhr

Frage 1:

Die Gemeindestraßen sind in vielen Bereichen offenkundig in einem sehr schlechten Zustand und in den letzten Jahren gab es viel zu wenige Sanierungsmaßnahmen. Wann werden die nächsten Straßen- bzw. Leitungssanierungen durchgeführt?

Antwort 1:

Welche Gemeindestraßen und somit auch Leitungen als nächstes saniert werden, wurde im Ausschuss beschlossen. Sobald dies budgetiert ist und dem Projekt nichts entgegensteht. Heute haben wir z.B. die Sanierungen über 52.000,- Euro am St. Martinweg und am Kregaberweg zu beschließen. Dieses Jahr wurden die Leitungen im Zuge der Vorplatzgestaltung bei der Volksschule saniert.

Zusatzfrage GR Maier: Gibt es auch Überlegungen zur Unterbindung des Schwerverkehrs?

Antwort: Hierbei handelt es sich um öffentliche Straßen und wenn der Lastenverkehr auf diesen Straßen nicht generell verboten wird, kann die Gemeinde dies nicht untersagen.

Frage 2:

Für welche gemeinsamen Projekte mit anderen Gemeinden wurde bzw. wird der IKZ-Bonus der Bedarfszuweisungsmittel in den Jahren 2022 und 2023 in der Höhe von insgesamt bis zu € 80.000 genützt?

Antwort 2:

Vielen Dank für die Anfrage bezüglich der Nutzung des IKZ Bonus der Bedarfszuweisungsmittel für gemeinsame Projekte mit anderen Gemeinden in den Jahren 2022 und 2023. Gerne informiere ich Euch darüber, dass ich derzeit in Gesprächen mit anderen Gemeinden bin, um mögliche gemeinsame Projekte zu identifizieren und zu planen. Bis Ende des Jahres haben wir noch Zeit, um diese Ideen sorgfältig zu prüfen und auszuarbeiten. Uns ist es wichtig sicherzustellen, dass die Projekte sinnvoll und im besten Interesse unserer Gemeinde umgesetzt werden. Jeder Gemeinderat ist herzlich eingeladen, Ideen und Vorschläge einzubringen damit wir die bestmöglichen Entscheidungen treffen können. Ich bin zuversichtlich, dass wir noch in diesem Jahre Beschlüsse betreffend der Nutzung des IKZ Bonus machen können.

Zusatzfrage GR Hadl: Wäre es nicht sinnvoll denn zuständigen Ausschuss zu beauftragen?

Antwort: Welcher Ausschuss dafür zuständig ist, hängt von dem jeweiligen IKZ Bonus ab und kann diese Thematik nicht generell einem bestimmten Ausschuss zugeordnet werden.

Zusatzfrage GR Haider: Gibt es ein zeitliches Limit für die Nutzung eines IKZ Bonus?

Antwort: Ausgangspunkt für uns ist der letzte Gemeinderat aber die endgültige Entscheidung liegt beim Land Kärnten.

Ende der Fragestunde: 17:42 Uhr.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO
3. Bericht aus der Sitzung des Kontrollausschusses vom 29.06.2023
Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes
4. Antrag an den Gemeinderat - BKS Parkplätze für Netconomy GmbH
5. Antrag an den Gemeinderat - Schülertransport 2023/24
6. Antrag an den Gemeinderat - Wartungsvertrag Liftanlage Volksschule
7. Antrag an den Gemeinderat - Anmietung Gemeindefläche für Bauprojekt "Wegraz"
8. Antrag an den Gemeinderat - Nutzungsvereinbarung Glasboot
9. Antrag an den Gemeinderat - Vertrag Pörtschacher Archiv
10. Antrag an den Gemeinderat - Anpassung des Auslagenersatzes gemäß § 31 K-FWG
11. Antrag an den Gemeinderat - Investitionskosten für KITA Übersiedlung in die Räumlichkeiten der VS
12. Antrag an den Gemeinderat - Dringende Instandhaltung Kreggaber Weg und Sankt Martiner Weg
- 12.1. Antrag an den Gemeinderat - Projekt PV Anlagen 2023 - Beauftragung Umsetzung
13. Antrag an den Gemeinderat - Deckungskreis gemäß § 14 K-GHG
14. Antrag an den Gemeinderat - Verordnung betr. Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung (GTS) in der VS Pörtschach
15. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung der Richtlinie zur Vergabe von Subventionen
16. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Verordnung Sitzungsgeld
17. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Geschäftsordnung 2023
18. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 28.06.2023 - Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates
19. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 28.06.2023 - Rechtssicherheit und Transparenz: Tonaufnahmen von Sitzungen des Gemeinderats erlauben
Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt
20. Antrag an den Gemeinderat - Wasserskiclub Kabinen Promenadenbad
Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz

21. Antrag an den Gemeinderat - Vereinbarung über die Übernahme der Planungskosten TBP Werzer's Hotel Resort
22. Antrag an den Gemeinderat - Friedensforst
23. Antrag an den Gemeinderat - Halte- und Parkverbot ASFINAG-Unterführung
24. Antrag an den Gemeinderat - Grenzberreinigung von öffentlichem Gut zum Grundstück des Herrn Dr. Reichenauer Lindenhofweg
25. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 28.06.2023 - Attraktivieren statt Zubetonieren
Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport
26. Antrag an den Gemeinderat - Sportlerehrungen 2021 bis 2022
27. Selbstständiger Antrag der SPÖ vom 27.04.2022 - Fahrsicherheitstraining
28. Allfälliges
29. Bericht Bürgermeisterin
30. Anfragen und Anträge

Verlauf der Sitzung

I. Öffentlicher Teil der Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die GemeinderätInnen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Weiters berichtet sie, dass die Einladung ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der K-AGO kundgemacht wurde.

GV Pacher stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung zu unterbrechen, da bis dato GR Göbel nicht anwesend ist, um mit ihm Kontakt aufzunehmen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Anschließend wird die Sitzung von 17.43 Uhr bis 17.46 Uhr unterbrochen.

Während der Sitzungsunterbrechung wurde GR Göbel telefonisch kontaktiert und gab dieser an, dass er aus privaten Gründen der Sitzung erst zu einem späteren Zeitpunkt beiwohnen wird und übernimmt bis dahin EGR Papitsch seinen Platz im Gemeinderat.

2. Bestellung von zwei Gemeinderatsmitgliedern zur Mitunterfertigung der Niederschrift gemäß § 45 Abs. 4 der K-AGO

Die Vorsitzende stellt den Antrag, die Mitglieder EGR Hirsch und EGR Maier gemäß § 45 Abs. 4 K-AGO für die Unterfertigung zu bestellen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, die Tagesordnung um den Punkt 12.1 „Antrag an den Gemeinderat - Projekt PV Anlagen 2023 - Beauftragung Umsetzung“ zu erweitern.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Dagegen-Stimmen (3)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Florian Pacher,

GR Hadl stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, die Tagesordnungspunkte 17 „Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Geschäftsordnung 2023“ und 18 „Selbstständiger Antrag der Grünen vom 28.06.2023 - Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates“ zu tauschen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak, Harald Papitsch,

Dagegen-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, den Tagesordnungspunkt 7 „Antrag an den Gemeinderat - Anmietung Gemeindefläche für Bauprojekt "Wegraz" abzusetzen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Dagegen-Stimmen (2)

Gabriele Hadl, Harald Papitsch,

3. Bericht aus der Sitzung des Kontrollausschusses vom 29.06.2023

GV Pacher stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, diesen Tagesordnungspunkt bis zum Eintreffen von GR Göbel zu vertagen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Gemeindevorstandes

4. Antrag an den Gemeinderat - BKS Parkplätze für Netconomy GmbH

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 10.08.2023 ersucht die Firma Netconomy GmbH (Untermieter im see:PORT) um Ausstellung von drei firmenbezogenen Parkkarten in der BKS Tiefgarage.

Aktuell werden Tiefgaragenplätze nur Kennzeichenbezogen vergeben und mit einer Mindestlaufzeit vor 6 Monaten zu einem Preis von € 50 pro Monat.

Mit GV-Beschluss aus 2017 wurden bereits 10 BKS-Parkplätze dem Coworking Space der BKS zugesprochen.

GV Pacher bittet um Auskunft über die dementsprechende Rechnungsgrundlage und einer groben Kostenschätzung. Die Vorsitzende gibt an, dass ihr zum aktuellen Zeitpunkt die Kosten nicht vorliegen, da sie hierfür Rücksprache mit der Finanz halten müsse. Weiters gibt Sie an, dass eine Firma mit 10-12 Personen im BKS Gebäude ansässig wird. Diese Firma hat angefragt, ob Sie die Parkplätze nicht kennzeichenbezogen, sondern firmenbezogen bekommen könnte.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt einer Zurverfügungstellung von drei firmenbezogenen BKS-Tiefgaragenplätzen für die Dauer des Mietvertrages der Firma Netconomy GmbH zu einem monatlichen Entgelt von € 150,-- brutto zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Enthaltung(en) (2)

Gabriele Hadl, Harald Papitsch

GR Hadl gibt wie folgt ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Nachdem die Rechtsgrundlage und die Kosten nicht erklärt wurden, kann ich das nicht abstimmen.“

5. Antrag an den Gemeinderat - Schülertransport 2023/24

Sachverhalt:

Bereits mit GR-Beschluss vom 24.08.2022 wurde der Schülertransport für das Schuljahr 2022/2023 an das Taxiunternehmen „Milo Gold Taxi e.U.“ vergeben. Da es für das Schuljahr 2023/24 lediglich einen Interessenten gibt, ist beabsichtigt auch heuer wieder den Auftrag an Milo Gold Taxi e.U. zu vergeben.

Die Vorsitzende bringt überdies zur Kenntnis, dass das genannte Taxiunternehmen nur bis Dezember 2023 zur Verfügung stünde und anschließend eine neue Transportmöglichkeit gefunden werden müsse. Bis dato gab es verschiedene Gespräche mit anderen Taxiunternehmen, welche jedoch allesamt negativ sind. Einige weitere Unternehmen wurden zusätzlich noch kontaktiert und wird hier noch auf eine Rückmeldung gewartet.

Vzbgm Köfer gibt zu diesem Tagesordnungspunkt einen Zusatzantrag (Anlage 1) ein:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Sowie sofortige Auflösung des Vertrages, sobald sich ein anderes Unternehmen findet, das den Schülertransport übernimmt.

GR Maier bittet um Auskunft, weshalb der Schülertransport von Milo Gold Taxi lediglich bis zum Winter 2023 durchgeführt wird. Die Vorsitzende gibt an, dass das Taxiunternehmen über die Wintersaison in einem Wintertourismusort arbeiten werde.

GV Pacher gibt an, dass es im Mai einen Vorfall gegeben habe, bei dem ein kleines Kind bedrängt worden sei, dahingehend eine Anzeige bei der Polizei gemacht wurde und der Sachverhalt zum aktuellen Zeitpunkt bei der Staatsanwaltschaft geprüft werde. Überdies sei die Vorsitzende direkt danach darüber in Kenntnis gesetzt worden. GV Pacher betonte, dass die Unschuldsvermutung für den Beschuldigten gelte, kritisiert aber die Vorgehensweise, dieses Taxiunternehmen trotz des Vorfalls weiter zu beauftragen, da es sich um Schutzbefohlene Kinder handelt und der Beschuldigte Taxifahrer zum aktuellen Zeitpunkt seit Schulbeginn weiterhin die Kinder befördern würde und es daher bereits zahlreiche Abmeldungen gäbe. Zudem beanstandet er, dass seitdem der Vorfall passiert ist, kein anderes Transportunternehmen gefunden wurde und die Gremien und die Eltern nicht informiert wurden.

Da GV Pacher der Vorsitzenden vorwirft, dass sie diesen Vorfall und damit verbunden das betroffene Kind nicht ernsthaft wahrnimmt, erteilt die Vorsitzende ihm einen Ruf zur Ordnung.

Anschließend gibt GV Pacher an, dass er binnen weniger Stunden ein Transportunternehmen gefunden hat und fordert, GV Pacher die Vorsitzende sodann auf, die Sitzung zu verlassen und sowohl als Bürgermeisterin als auch als Gemeinderätin nicht mehr zurückzukommen. Schlussendlich fordert GV Pacher eine Stellungnahme der Vorsitzenden zu diesen Vorwürfen. Die Vorsitzende berichtet, dass dem Unternehmen schriftlich mitgeteilt wurde, dass der Fahrer nicht mehr fahren soll. Zudem schildert die Vorsitzende, dass Sie erst am Schulanfang erfahren hätte, dass der betroffene Taxifahrer die Kinder wieder befördern würde. GV Pacher fragt nach dem genauen Zeitpunkt worauf die Vorsitzende angibt, dass dies heute gewesen sein muss. Daraufhin wirft GV Pacher der Vorsitzenden vor, dass dies eine Lüge sei, da sie bereits zu Schulbeginn durch mehrere Anrufe von Eltern darüber in Kenntnis gesetzt worden sei, weshalb die Vorsitzende GV Pacher einen zweiten Ruf zur Ordnung erteilt. Die Vorsitzende bittet GV Pacher, da er ein anderes Taxiunternehmen gefunden hätte, eine Abänderungseintrag zu diesem Tagesordnungspunkt einzubringen, was anschließend beschlossen werden kann.

EGR Hirsch fordert seine Unterschrift von dem Zusatzantrag, welcher von Vzbgm Köfer eingebracht hat, zu streichen, da es nicht sein könne, dass jemand gegen den die Staatsanwaltschaft in so einer Sache ermittle weiterhin Kinder transportiere. Ihm sei von der Vorsitzenden wortwörtlich gesagt worden, der Fahrer sei nicht mehr im Einsatz. Dies bestätigt die Vorsitzende.

GV Gressl erklärt, er wolle nicht dass der Fahrer am folgenden Tag wieder im Einsatz sei.

GR Hadl gibt ihrem Entsetzen Ausdruck. Sie habe eine Frage zur Vertragsunterzeichnung und Kosten vorbereitet, die zwar angesichts der neuen Informationen nebensächlich erscheine,

aber trotzdem geklärt gehöre. Die Vorsitzende gibt an, dass die Gemeinde für den Schülertransport € 5.100,- dazuzahlt. kritisiert, dass die Informationen über den Übergriff nicht dem Gemeindevorstand und den Gemeinderat nähergebracht wurden. GR Gappnig betont, dass in diesem Zusammenhang die Kosten nicht relevant sind sondern es hier um die Kinder geht. Überdies missbilligt er die Tatsache, dass die Mandatäre darüber nicht in Kenntnis gesetzt wurden.

EGR Maier erkundigt sich, ob das Amt ein Verbot ausgesprochen hätte, dass der Taxifahrer die Kinder befördert und ob die Einhaltung kontrolliert wurde. Die Vorsitzende erklärt, dass die Gemeinde schriftlich Kontakt mit dem Taxiunternehmen aufgenommen hätte.

GV Pacher beschuldigt die Gemeinde, dass es seitens des Unternehmens sogar vorab bekanntgegeben wurde, dass zu Schulbeginn nur der beschuldigte Fahrer zu Verfügung stehen würde und dass dies von der Gemeinde zur Kenntnis genommen und nichts unternommen wurde. Überdies appelliert er nochmals daran den Sachverhalt ernst zu nehmen und bringt sodann einige Möglichkeiten bzw. Lösungen zu der Thematik vor. Die Vorsitzende beschreibt, dass es sich hierbei um einen belastenden Vorfall für die betroffene Familie handelt und bittet sodann GV Pacher einen entsprechenden Abänderungsantrag einzubringen.

Anschließend bringt GV Pacher einen Abänderungsantrag (Anlage 2) ein:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

„Der Gemeinderat ermächtigt den Gemeindevorstand zum Abschluss eines Vertrags mit einem anderen Unternehmen zur Durchführung der Schülertransporte für die Gemeinde im Schuljahr 2023/24 mit gemeindeseitigen jährlichen Kosten bis maximal 8.000 Euro brutto. Dabei ist es zu ermöglichen, dass vorübergehend oder permanent ein geeigneter Gemeindemitarbeiter als Fahrer eingesetzt werden kann.“

Daraufhin stellt Vzbgm. Köfer den Antrag zur Geschäftsbehandlung, die Sitzung zur Beratung des Abänderungsantrages zu unterbrechen.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Die Sitzung wird von 18.16 bis 18.21 unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung zieht Vzbgm. Köfer seinen Zusatzantrag wieder zurück und stimmt die Vorsitzende den Abänderungsantrag von GV Pacher ab.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Da es sich bei dem vorliegenden Abänderungsantrag um einen gesamtändernden Antrag handelt, wird der Hauptantrag nicht mehr abgestimmt.

6. Antrag an den Gemeinderat - Wartungsvertrag Liftanlage Volksschule

Sachverhalt:

Für die neue Liftanlage in der VS-Pörtschach wird ein zukünftiger Wartungsvertrag benötigt. Ohne regelmäßige Wartung mit Nachweis (Wartungsprotokoll) wird es jedenfalls bei der geforderten jährlichen Sachverständigen Überprüfung keine Freigabe zur Benützung geben.

Die Firma Weigl, welche auch der Lieferant der Liftanlage ist, hat hierzu zwei Wartungsverträge vorgelegt.

Wartungsvertrag – dieser deckt die grundsätzlichen Wartungsintervall für eine weitere Freigabe der Liftanlage ab – 2x im Jahr € 601,20 brutto ohne eventuelle Reparaturen (Laufzeit 1 Jahr)

Vollwartungsvertrag – beinhaltet sämtliche Leistungen laut Leistungsumfang und kostet € 2.600, -- netto jährlich (Laufzeit 5 Jahre).

Um die zu erwartenden Kosten im NVA bzw. VA 2024 berücksichtigen zu können, ist eine entsprechende Entscheidung notwendig.

GV Pacher verlässt um 18.24 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

GR Haider bekundet ihr Unverständnis darüber, dass bei einem derart neuen Lift zusätzlich ein Wartungsvertrag abgeschlossen werden müsse, da dies bereits inkludiert sein sollte.

GR Gappnig verlässt um 18.25 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

GV Gressl verlässt um 18.26 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt dem Wartungsvertrag der Firma Weigl für die Liftanlage in der Volksschule Pörtschach am Wörther See in Höhe von € 1.202,40 brutto jährlich zu.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (15)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Gabriele Hadl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (1)

Renate Haider,

GR Haider gibt wie folgt ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Das Abstimmungsverhalten ist deshalb begründet, weil eigentlich bei einem Neukauf ein 3-Jahres-Wartungsvertrag inkludiert ist. Das ist einfach schlecht verhandelt [..].“

7. Antrag an den Gemeinderat - Anmietung Gemeindefläche für Bauprojekt "Wegraz"

Dieser Antrag wurde in der Gemeinderatssitzung nicht behandelt, da er abgesetzt wurde.

8. Antrag an den Gemeinderat - Nutzungsvereinbarung Glasboot

Sachverhalt:

Auf Ansuchen von Herrn Pschernig zwecks Nutzung der Südseite des Parkhotel Steges zum Anlegen seines Glasbootes, wurde die vorliegende Nutzungsvereinbarung erstellt.

In der 43. GV-Sitzung wurde ein jährlicher Pauschalbetrag von € 300,-- brutto festgelegt.

GR Mikula erkundigt sich, ob dieser Steg mehrfach vergeben wird. Die Vorsitzende verneint dies.

GR Hadl bittet um Auskunft, ob die Bundesforste dahingehend informiert wurde und diese die Vereinbarung genehmigt haben. Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dies im Aufgabenbereich von Hrn. Pschernig liegt.

GV Pacher nimmt um 18.28 Uhr seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

GV Gressl nimmt um 18.29 Uhr seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

GR Gappnig nimmt um 18.29 Uhr seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Nutzungsvereinbarung mit Herrn Pschernig Wolfram Harald für die Nutzung der Südseite des Parkhotel Steges als Anlegestelle für sein Glasboot zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

9. Antrag an den Gemeinderat - Vertrag Pörtschacher Archiv

Sachverhalt:

Mit Beginn von 01.07.2023 soll das Mietverhältnis mit dem Pörtschacher Archiv verlängert werden. Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit, mit der Möglichkeit zur jederzeitigen Auflösung, geschlossen. Für die Benützung der Räumlichkeiten ist gemäß dem vorliegenden Entwurf vom Mieter ein Mietzins von € 1,20 brutto pro Jahr zu entrichten.

GR Gappnig bedankt sich bei Hrn. Napetschnig für seine Arbeit, der sich derart intensiv mit der Aufarbeitung der Vergangenheit der Gemeinde Pörtschach auseinandersetzt. Dem schließt sich die Vorsitzende an.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt dem unbefristeten Mietvertrag mit dem Pörtschach Archiv, zu einem jährlichen Mietzins von € 1,20 brutto pro Jahr, zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

10. Antrag an den Gemeinderat - Anpassung des Auslagenersatzes gemäß § 31 K-FWG

Sachverhalt:

Gemäß § 31 Abs. 2 K-FWG ist von der Gemeinde ein Auslagenersatz für die Reisekosten an Lehrgängen der Feuerwehr auszubezahlen:

§ 31 Verdienstentgang

(1) Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr ist im Fall von Einsätzen auf ihren Antrag durch die Gemeinde, in welcher der Einsatz erfolgte, ein allfälliger Verdienstentgang zu ersetzen, soweit dieser nicht vom Bund, dem Land oder den Gemeinden getragen wird. Dies gilt auch für die Angehörigen einer Betriebsfeuerwehr, wenn sie außerhalb ihres Betriebes eingesetzt werden.

(2) Die Gemeinden haben für die Reisekosten aufzukommen, die durch die Teilnahme von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren an Lehrgängen der Feuerwehr oder an Lehrgängen und Kursen der Landesfeuerwehrschule entstehen. Für die Teilnahme an diesen Schulungsveranstaltungen ist ein Auslagenersatz zu leisten, der pro Tag zwischen mindestens 35 und höchstens 50 Euro betragen darf.

Der aktuelle vom Gemeinderat beschlossene Tagessatz liegt bei € 34,88 und muss somit angepasst werden.

Im Zuge dieses Tagesordnungspunktes bedankt sich die Vorsitzende bei der freiwilligen Feuerwehr für ihren Einsatz.

GV Gressl betont die Wichtigkeit dieses Beschlusses und weist darauf hin, dass die Feuerwehrmänner hierbei unterstützt werden müssen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt einer Anpassung des Auslagenersatzes gem. § 31 Abs. 2 K-FWG in Höhe von € 50,- zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

11. Antrag an den Gemeinderat - Investitionskosten für KITA Übersiedlung in die Räumlichkeiten der VS

Sachverhalt:

In der 16. GR-Sitzung vom 28.06.2023 wurde folgender Dringlichkeitsantrag einstimmig beschlossen:

Der Gemeinderat beschließt die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten für eine Kinderbetreuungsgruppe im Gebäude der Volksschule Pörtschach ab dem Kindergartenjahr 2023/2024 für maximal drei Jahre.

Nach mehreren Gesprächen mit sämtlichen Beteiligten und nach Genehmigung durch das Amt der Kärntner Landesregierung wurde entschieden, dass die KITA (Knusperhäuschen) mit der bereits bestehenden Gruppe in die VS übersiedeln wird.

Um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen und eine adäquate Kinderbetreuung gewährleisten zu können, sind einige Investitionskosten notwendig. Da keine neue Gruppe gegründet wird, sondern nur eine Übersiedelung stattfindet, gibt es hierfür keine gesonderte Förderung. Lediglich besteht im Nachhinein die Möglichkeit einige angeführte Maßnahmen im Zuge einer Qualitätsverbesserung mittels Förderansuchen einzureichen. Die entsprechende Richtlinie vom Amt der Kärntner Landesregierung für das Schuljahr 2023/24 wird jedoch erst veröffentlicht.

Die notwendigen Investitionskosten für die Gemeinde belaufen sich auf rund € 31.000, -- brutto (inkl. der anfallenden Bauhofleistungen, exkl. eventueller Förderungen).

In der 43. GV-Sitzung wurde festgelegt, dass die Gemeinde sämtliche Investitionskosten tragen sollte und somit ein Betrag von € 35.000, -- zur Verfügung gestellt werden soll. Eine entsprechende Grobkostenschätzung liegt dem Akt bei.

Überdies bekundet die Vorsitzende ihre Begeisterung darüber, dass die KITA in die Volksschule übersiedelt werden konnte und bedankt sie sich bei allen Mitwirkenden. GV Pacher schließt sich dem an und steht auch hinter dieser temporären Lösung. Empfindet es jedoch schade, dass einige Investitionen nicht bereits zu Beginn mittels eines Gemeindevorstandsbeschluss angeschafft wurden. Weiters bedankt er sich, dass der Gemeindevorstand seinem Vorschlag gefolgt ist und auch den Kostenanteil des Trägervereins „Knusperhäuschen“ übernommen hat.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt den geplanten Investitionskosten für die Übersiedlung der KITA in die Räumlichkeiten der VS-Pörschach in Höhe von max. € 35.000, -- brutto zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Harald Papitsch, Herbert Paulitsch,

GR Göbel trifft um 18.38 Uhr zur Gemeinderatssitzung ein. Daraufhin verlässt EGR Papitsch seinen Platz als ordentliches Mitglied im GR und wird dieser von GR Göbel offiziell eingenommen.

12. Antrag an den Gemeinderat - Dringende Instandhaltung Kreggaber Weg und Sankt Martiner Weg

Sachverhalt:

Aufgrund der Unwetterschäden der letzten Wochen, sowie der bevorstehenden Wintersaison, sind nach Rücksprache mit unserem Leiter der Infrastruktur und dem Bauhofleiter zwei dringende Instandhaltungen von Gemeindestraßen in den nächsten Wochen notwendig.

Zum einen muss für die kommende Wintersaison das Problem der Eisbildung am Kreggaber Weg als einzige Zufahrtsstraße vorab behoben werden. Zum anderen fand bei der Kreuzung Sekuller Weg/ Stankt Martiner Weg eine Hangrutschung statt. Um hier einen weiteren Schaden zu verhindern, müssen die in der Anlage angeführten Maßnahmen umgesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Gemeinderat stimmt den dringenden Instandhaltungen am Kreggaber Weg und Sankt Martiner Weg in Höhe von max. € 53.000, -- brutto zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

3. Bericht aus der Sitzung des Kontrollausschusses vom 29.06.2023

Aufgrund dessen GR Göbel nun der Gemeinderatssitzung beiwohnt, bittet die Vorsitzende diesen um seinen Bericht über die Kontrollausschusssitzung vom 29.06.2023. Dem kommt GR Göbel nach.

Selbstständiger Antrag der Mitglieder des Kontrollausschusses vom 29.03.2023 - externe, fachliche und unabhängige Prüfung des Projektes VS

Der Obmann des Kontrollausschusses führt aus, dass bezüglich des Umbaus der Volksschule eine externe, fachlich unabhängige Überprüfung von der Auftragsvergabe, den Beschlüssen im Gemeinderat bis hin zu den Schlussrechnungen vorzunehmen ist!

In Vorbereitung für die Vergabe eines entsprechenden Auftrages für eine Überprüfung durch externe Fachleute hat der Finanzverwalter eine Auflistung erstellt und ersucht um Bekanntgabe des genauen Umfangs der geforderten Prüfung.

Laut Finanzverwalter wurde dieser bis dato nicht definiert und es sei daher nicht möglich gewesen konkrete Angebote einzuholen.

Der Kontrollausschuss legt sodann folgende Punkte fest:

- der Entwurfsplanung, Einreichplanung, Ausführungsplanung, Leistungsbeschreibung und Detailplanung
- der Förderabwicklung
- der Angebotslegung aller Gewerke
- der örtlichen Bauaufsicht mit allen ausführenden Gewerken
- der Bauausführung aller Gewerke
- der Abrechnungsblätter aller Gewerke
- der gestellten Teilrechnungen aller Gewerke
- der gestellten Schlussrechnungen aller Gewerke

Als Ergebnis der Diskussion wird festgehalten, dass Einigkeit dahingehend herrscht, dass „Sorglospaket Volksschulumbau von Architekt Kopeinig“ extern prüfen zu lassen, die Vorgangsweise wird noch abzusprechen sein.

Der Kontrollausschuss fordert Vorlage des ursprünglichen sowie des letztgültigen Vertrages. Zudem wird festgelegt die Schlussrechnungen abzuwarten.

Kassen und Belegprüfung

Die Überprüfung der Kassa wird vom Kontrollausschuss durchgeführt und von den Herren Faeser und Gappnig abgezeichnet. Laut Kassenstand vom 29.06.2023 sollen € 2.198,48 in bar vorliegen. Das vorgelegte Bargeld wird gezählt und stimmt mit dem Kassenstand überein.

Dem Kontrollausschuss werden die Belege von 1-1.000 aus 2023 vorgelegt und diese werden in der Folge von den Mitgliedern des Kontrollausschusses stichprobenartig geprüft.

Geprüft werden weiters:

- Konto bei der RLB Pörschach mit einem Stand von € 1.392.577,53
- Konto bei der Bank für Kärnten/Steiermark Stand € 5.987,00
- Sparsbuch Sicherstellungen € 98.310,00
- Zahlungsmittelreserve: € 471.844,23

sowie:

- Bankgarantien: € 58.317,98
- Bebauungsverpflichtungen: € 792.510,00

12.1. Antrag an den Gemeinderat - Projekt PV Anlagen 2023 - Beauftragung Umsetzung

Sachverhalt:

Nach einer positiven Vorberatung im zuständigen Ausschuss und dem entsprechenden Gemeindevorstandbeschluss, wurde das Ingenieurbüro Jaindl & Graz mit der Erstellung einer Leistungsbeschreibung für die Errichtung einer PV-Anlage inkl. Speicher am Standort Promenadenbad, Wirtschaftshof und Volksschule, die dazugehörige Ausschreibung und Erstellung einer Vergabeempfehlung beauftragt. Nach Freigabe der Ausschreibungsunterlagen durch die Gemeinde und Veröffentlichung dieser, haben zwei Firmen ein entsprechendes Angebot abgegeben.

Nach einer gemeinsamen Angebotsöffnung fällt die Vergabeempfehlung auf den zweiten Anbieter „SAM Planung & Service GmbH“.

Eine zusammengefasste Kostenaufstellung der drei Standorte, sowie ein Finanzierungsplan inkl. Förderungen befinden sich im Akt.

Die Anschaffungskosten des vorgeschlagenen Bieters stellen sich wie folgt dar:

- Wirtschaftshof mit 16,4kWp und 20kW Speicher € 42.027,30
- Promenadenbad 24,6 kWp und 20 kW Speicher € 47.347,20
- Volksschule 18,04 kWp und 20kW Speicher € 44.006,40

Abzüglich der geschätzten Förderungen bleibt ein Investitionseigenanteil von ca. € 18.000, -- bei der Gemeinde.

Unter der Annahme von 15 Cent Ersparnis bzw. Vergütung je kWh ergibt sich bei einem Verbrauch von ca. 60.000 kWh pro Jahr eine Amortisation innerhalb von rund 2 Jahren.

Das Angebot beinhaltet die Bauaufsicht sowie die Förderabwicklung der Bundes- und Landesförderungen.

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Gemeindevorstand ist eine Zwischenfinanzierung der PV-Anlage über das Girokonto zulässig. Die restlichen Eigenmittel können über die BZ in der Höhe von € 39.000, -- (werden teilweise bereits für KITA verwendet) und über Geldmittel der operativen Gebarung finanziert werden. Letztes Jahr (mit Stichtag 31.12.2022) konnte die Gemeinde Überschüsse in der Höhe von € 365.000, -- erwirtschaften und können diese ebenfalls als Eigenmittel verwendet werden.

Weiters ist der Beschluss vorbehaltlich des Nachtragsvoranschlages zu treffen und sind die Einnahmen und Ausgaben, die mit dem Projekt verbunden sind in den entsprechenden Konten zu berücksichtigen.

GR Hadl spricht sich für die Anschaffung aus.

GR Haider bittet um Information darüber, wie viele Unternehmen ein entsprechendes Angebot eingebracht hätten. Daraufhin erklärt die Vorsitzende, dass im Amt zwei Angebote eingelangt wären.

GV Gressl befürwortet die Anschaffung einer derartigen PV-Anlage, jedoch gibt er zu bedenken, dass in diesem Zusammenhang eventuell auch die betroffenen Dächer zu erneuern sind.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Vergabe der PV-Anlage an die Firma SAM Planung & Service GmbH für die Standorte Wirtschaftshof (Konto 1/8200/0500 in Höhe von max. € 44.000,--), Promenadenbad (Konto 1/8311/0500 in Höhe von max. € 49.000,--) und Volksschule (Konto 1/2110/0500 in Höhe von max. € 46.000,--) vorbehaltlich des 1.NVA 2023 zu.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (1)

Erich Göbel,

13. Antrag an den Gemeinderat - Deckungskreis gemäß § 14 K-GHG

Sachverhalt:

Um die Finanzverwaltung innerhalb der Gemeinde zu vereinfachen, ist beabsichtigt einen Deckungskreis einzuführen. Die rechtliche Grundlage hierzu bildet der § 14 des Kärntner Gemeindehaushaltsgesetzes:

**§ 14
Deckungsfähigkeit**

- (1) Für Abschnitte gemäß Anlage 2 der VRV 2015 darf durch den Gemeinderat im Voranschlag beschlossen werden, dass gegenseitige Deckungsfähigkeit besteht. Die Deckungsfähigkeit besteht nur innerhalb des Sachaufwandes oder des Personalaufwandes. Für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und investive Einzelvorhaben besteht Deckungsfähigkeit nur für Konten innerhalb des einzelnen Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder des einzelnen investiven Einzelvorhabens.*
- (2) Die Höhe der Verstärkungsmittel zur Deckung überplanmäßiger Mittelverwendungen darf zwei Prozent der Summe des Abschnittes 92 „Öffentliche Abgaben“ der Finanzierungsrechnung gemäß Anlage 2 der VRV 2015 des zweitvorangegangenen Finanzjahres nicht überschreiten.*

Der Deckungskreis teilt sich in Personal und Sachaufwand. Die gegenseitige Deckungsfähigkeit ist ansatzbezogen zu verstehen (Ansatz Zentralamt, Feuerwehr, Volksschule usw.). Für Betriebe mit marktbestimmender Tätigkeit (Wasser, Kanal, Müll. Wirtschaftshof, Promenadenbad) sowie investiven Einzelvorhaben (Umbau VS, Sanierung Rutschenturm) besteht die Deckung nur für Konten des einzelnen Betriebes mit marktbestimmter Tätigkeit oder des einzelnen investiven Einzelvorhabens. Die Unterteilung der Deckungskreise ist der beiliegenden Exel-Datei zu entnehmen.

Als Beispiel wurde der Deckungskreis Zentralamt Sachaufwand gewählt.

GR Haider fragt, ob somit das Budget zwar innerhalb eines Deckungskreises jedoch nicht deckungskreisübergreifend verschoben werden können. Dies bestätigt die Vorsitzende.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Gemäß § 14 Kärntner Gemeindehaushaltsgesetz K-GHG wird ab dem Nachtragsvoranschlag 2023 die gegenseitige Deckungsfähigkeit innerhalb des Sach- bzw. Personalaufwandes auf Ansatzebene beschlossen.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

14. Antrag an den Gemeinderat - Verordnung betr. Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung (GTS) in der VS Pörtschach

Sachverhalt:

Wie bereits im Elternbrief des BÜM vom 02.06.2023 angekündigt, muss nun aufgrund des Wegfalles des Hortes der Elternbeitrag für die GTS angehoben werden. Nicht nur der Wegfall der höheren Fördersumme für eine Hortgruppe im Vergleich zu einer GTS-Gruppe, sondern auch die Notwendigkeit der Abstellung einer Mitarbeiter*in der GTS (früher Hort) bis 17:00 Uhr für den Schlussdienst begründet die Erhöhung.

Da dem BÜM die konkrete Anzahl an Kindern für die ganztägige Schulform in der VS Pörtschach noch nicht vorliegt und eine Gebührenerhöhung für das Schuljahr 2023/24 bis spätestens Anfang Oktober 2023 erfolgen soll, wird vom BÜM empfohlen den Beitrag um 15 % zu erhöhen.

Eine Überfinanzierung ist nicht möglich, da nach Überprüfung durch die Bildungsdirektion überschüssiger Elternbeitrag im Nachhinein rücküberwiesen werden muss.

	Tarif aktuell	Tarif Neu SJ 23/24
5 Tage	€ 97,00	€ 112,00
4 Tage	€ 85,00	€ 98,00
3 Tage	€ 73,00	€ 84,00
2 Tage	€ 62,00	€ 71,00
1 Tag	€ 51,00	€ 59,00

Der Entwurf über die Verordnung mit der Zahl 250-1/2023-1 wurde am 08.09.2023 dem Land Kärnten und nach positiver Vorberatung am 12.09.2023 der Bildungsdirektion zur Überprüfung übermittelt.

GR Haider verlässt von 18.51 Uhr bis 18.53 Uhr ihren Platz im Gemeinderat.

GV Pacher bekundet sein Missfallen, die Tarife für die Tagesbetreuung in der VS Pörtschach um 15% zu erhöhen.

Anschließend bringt GV Pacher zu diesem Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag der FPÖ ein (Anlage 3):

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der Antragstext wird wie folgt geändert:*

„Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Verordnung der Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung in der VS Pörschach mit der Zahl 250-1/2023-1. Die unter § 2 Abs. 3 der Verordnung genannten Beiträge werden wie folgt angepasst:

5 Tage = 97,00 Euro

4 Tage = 85,00 Euro

3 Tage = 73,00 Euro

2 Tage = 62,00 Euro

1 Tag = 51,00 Euro

Zudem wird die Verwaltung mit der Erstellung einer Richtlinie für die soziale Staffelung der Elternbeiträge im Sinne des § 2 Abs. 8 der Verordnung beauftragt.“

Die Vorsitzende gibt an, dass die vorliegende Erhöhung lediglich kostendeckend wirken soll und im Falle einer Überzahlung eine Rückzahlung erfolgt.

Anschließend wird die Sitzung von 18.56 Uhr bis 19.08 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt die Vorsitzende, dass die Erhöhung aufgrund des Verlustes der erhöhten Hortförderung erforderlich ist. Die Tarife der vorliegenden Verordnung wurden vom BÜM vorgeschlagen. Zudem gibt die Vorsitzende an, dass Eltern, die dies nicht aufbringen können, Unterstützung erhalten werden.

Die Vorsitzende bringt sogleich den Abänderungsantrag der FPÖ zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (9)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak, Alexander Maier,

Dagegen-Stimmen (10)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Herbert Paulitsch,

Anschließend bringt die Vorsitzende den Hauptantrag zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat möge dem Entwurf über die Verordnung der Tarifordnung für die schulische Tagesbetreuung in der VS Pörschach mit der Zahl 250-1/2023-1 zustimmen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (10)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (9)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak, Alexander Maier,

15. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung der Richtlinie zur Vergabe von Subventionen

Sachverhalt:

Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten 2 Jahre in der Umsetzung der aktuellen Richtlinie sind einige Änderungswünsche von Seitens der Bevölkerung, des Amtes, des Ausschusses und des Gemeindevorstandes in die aktuelle Novellierung eingeflossen.

Die letztgültige Version (V3) wird in den nächsten Tagen zur Verfügung gestellt.

Die Vorsitzende übergibt GV Pacher das Wort und bittet ihn die Veränderungen dem Gemeinderat etwas näher zu bringen.

Dieser führt aus, dass eine Novellierung nach einem zweijährigen Durchlauf notwendig geworden ist und demnach einige Adaptierungen durchgeführt werden müssen, welche er sodann angibt. Letztlich werden auch die einzelnen beschlossenen Subventionen, welche in Form von Geld- und Sachleistungen erfolgen, erklärt.

GR Diexer erkundigt sich, ob im Zuge dieser Subventionen auch der Brahmverein unterstützt werde. Dies verneint die Vorsitzende.

GR Hadl beanstandet, dass zwei Passagen in der aktuell gültigen Richtlinie fehlen würden.

Sodann bringt GR Hadl zu diesem Tagesordnungspunkt einen Zusatzantrag ein (Anlage 4):

Der Gemeinderat wolle beschließen, in der Novellierung an folgenden Stellen folgenden Text (wieder) hinzuzufügen:

- § 5 (1): „Der Eingang der vollständigen Ansuchen ist von der Verwaltung schriftlich zu bestätigen.“
- § 5 (4) folgenden Text hinzufügen: „Der Subventionsempfänger bzw. die Subventionsempfängerin werden bis 31.3 des dem Antrag folgenden Jahres schriftlich über die Entscheidung informiert. Entscheidungen zu einzelnen Anträgen können in begründeten Fällen (z.B. weil die Veranstaltung im ersten Quartal abgehalten werden soll) vorgezogen werden.“

GR Maier begrüßt die Novellierung der Subventionsrichtlinie, da dadurch die Planungssicherheit für Vereine gegeben sei. Überdies regt er dazu an, dass die Vereine fristgerecht informiert und Subventionen zweimal jährlich vergeben werden sollen.

GR Göbel sieht einen sechs- bis achtwöchige Frist als notwendig.

GR Gappnig betont, dass die Punkte, die von GR Maier und GR Göbel aufgezeigt wurden, bereits enthalten waren, jedoch schlussendlich wieder entfernt wurden.

GR Mack befürchtet, dass bei einer unterjährigen Verteilung die Deckung schwierig sei.

Vzbgm Köfer bittet die Gemeinderatsmitglieder, an Ausschüssen teilzunehmen, um Wünsche und Anregungen einzubringen damit diese vorab umfangreich beraten werden können.

GV Pacher betont, dass es der Wunsch der Vorsitzenden gewesen sei, Fristen in der Richtlinie nicht zu enthalten. Zudem würde er eine Bestätigung des Amtes über den vollständigen Erhalt der erforderlichen Unterlagen befürworten.

GV Gressl empfindet die Idee gut, dass dieser Antrag nun gestellt wird und schlägt vor, dass folglich die Vereine über die PÖZ informiert werden.

Vzbgm Köfer empfindet, dass die zweifache Verteilung den gesamten Prozess erschwert. Überdies stellt er seine Zustimmung zu diesem vorliegenden Tagesordnungspunkt aus.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Richtlinie zur Vergabe von Subventionen, welche mit Beginn des auf den Beschluss folgenden Monats in Kraft tritt.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Nach Abstimmung der Hauptantrages bringt die Vorsitzende den Zusatzantrag der Grünen zur Abstimmung.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (8)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak, Alexander Maier,

Dagegen-Stimmen (11)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Herbert Paulitsch,

Sodann gibt die Vorsitzende wie folgt ihr Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Dass es für mich wichtig ist, solche Sachen im SKS zu besprechen. Deswegen habe ich hier auch dagegen gestimmt.“

16. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Verordnung Sitzungsgeld

Sachverhalt:

Aufgrund der Novellierung der K-AGO ist die Anpassung der aktuellen Verordnung für die Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse (Sitzungsgeld) anzupassen.

Im Wesentlichen hat sich § 1 Abs. 1 der Verordnung dahingehend geändert, da laut § 29 Abs. 2 K-AGO für jede Sitzung Anspruch auf Entschädigung erhält, und nicht für den jeweiligen Tag.

Eine positive Vorprüfung durch das Land erfolgte bereits.

GV Pacher beanstandet die Vorgehensweise, dass die fälschliche Auszahlung, welche von 2017 bis 2023 erfolgt ist, nicht nochmals dargestellt wurde. Überdies fordert er eine offene Stellungnahme über die weitere Vorgehensweise. Die Vorsitzende erklärt, dass dem Gemeindevorstand berichtet wird, wer und in welcher Höhe davon betroffen ist und anschließend werden die weiteren Schritte eingeleitet, wenn der entsprechende Betrag im NTVA festgelegt wurde.

Vzbgm Köfer stellt in Aussicht, dass er seine Nachzahlung im vollen Umfang einer Pörschacher Hilfsorganisation spenden werde. Zudem weist er darauf hin, dass es sich hier nicht nur um einen gemeindeseitigen Fehler handle sondern auch das Land dies nicht beanstandet hat.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Verordnung „Entschädigung der Mitglieder des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse (Sitzungsgeld)“ mit der Zahl 010-1/2023-1 zu.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

17. Antrag an den Gemeinderat - Novellierung Geschäftsordnung 2023

Sachverhalt:

Mit einer Geschäftsordnung gem. § 50 K-AGO können unter anderem Aufgaben des Gemeinderates dem Gemeindevorstand übertragen werden (siehe § 34 Abs. 4ff K-AGO).

Nach Rücksprache mit der Revision der Abteilung 3 lässt sich der entsprechende Paragraph der aktuellen Geschäftsordnung der Gemeinde Pörschach am WS (§8 Übertragung von Aufgaben) genau definieren (siehe angeführtes Beispiel), um zukünftig die Tagesordnungspunkte der Gemeinderatssitzungen zu verringern. Es handelt sich hierbei um die Erweiterung der Privatwirtschaftsverwaltung, welche auch schon in den vergangenen Jahrzehnten durch den Gemeindevorstand übernommen wurden. Die Erweiterung betrifft hauptsächlich folgende Punkte:

- (a) Vergabe von Wohnungen und Abschluss von Mietverträgen
- (b) Abschluss von Bestandsverträgen (Pacht-, Miet- und Nutzungsverträge, sowie Leasingverträge, soweit diese nicht einer Genehmigung der Landesregierung bedürfen)
- (c) Abschluss von Versicherungsverträgen (Gemeindewohnungen, Gebäude und Maschinen der gemeindlichen Einrichtungen)
- (d) Gewährung von Zuschüssen, Beiträgen und Subventionen
- (e) Vergabe von Planungs-, Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen

GV Gressl verlässt von 19.42 Uhr bis 19.44 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

GR Haider beanstandet, dass der Gemeindevorstand sämtliche, genannte Verträge abschließt, da sie die entsprechende Verantwortung beim Gemeinderat sieht. Die Vorsitzende gibt an, dass abgezielt wird, dringliche Vereinbarungen schnellstmöglich vergeben zu können und die Gemeinderatssitzung kürzer zu halten.

GV Pacher bringt zu diesem Tagesordnungspunkt einen Zusatzantrag der FPÖ ein (Anlage 5):

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Antragstext wird nachfolgende Regelung angefügt:

„Die Verordnung wird im § 8 um einen Absatz 3 ergänzt, der wie folgt lautet: „Die Bürgermeisterin hat dem Gemeinderat in der jeweils nächsten Sitzung über alle auf Grundlage des Abs. 1 und Abs. 2 gefassten Beschlüsse des Gemeindevorstandes zu berichten.“

Anschließend unterbricht die Vorsitzende die Sitzung von 19.46 Uhr bis 19.50 Uhr.

Nach Fortsetzung der Sitzung bringt die Vorsitzende den Hauptantrag zur Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Geschäftsordnung mit der Zahl 003-1/2023-1 zu.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (6)

Mario Gappnig, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher,

Abschließend bringt die Vorsitzende den Zusatzantrag der FPÖ zur Abstimmung.

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

18. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 28.06.2023 - Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Sachverhalt:

In der 16. GR-Sitzung am 28.06.2023 stellte die Fraktion der Grünen den Selbstständigen Antrag zum Thema „Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates“ Die Einleitung/Begründung befindet sich am Antrag.

GR Göbel kritisiert, dass bis dato Nachfragen oft abgewinkt worden seien. Er appelliert daran, dass Diskussionen zugelassen werden sollen und demnach mehr als zwei Wortmeldungen erlaubt werden müssten.

GV Pacher weist darauf hin, dass mit Erhöhung der Anzahl der Wortmeldungen die Gesprächszeit nicht ansteigen würde.

Vzbgm Köfer spricht sich gegen diesen Antrag aus, da dies die Gesprächserfassung schlussendlich erschwert. Überdies weist er darauf hin, dass sämtliche Themen, in den Gremien vorberaten werden und alle Gemeinderäte an diesen Sitzungen teilnehmen können, um sich zu den einzelnen Punkten Informationen zu verschaffen.

GR Hadl beanstandet, dass ihnen zu wenig Informationen zugehen würden und demnach häufiger nachgefragt werden müsse.

Die Vorsitzende sieht eine derartige Abänderung als problematisch, da hier die Übersichtlichkeit verloren gehen würde.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die in der Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 05.10.2022 i.d.g.F. festgelegte Anzahl der Wortmeldungen pro Mitglied des Gemeinderates zu einzelnen Tagesordnungspunkten von 2 auf 4 geändert wird. Die Gesamtredezeit von max. 10 Min. gem. § 2, Abs. 2 bleibt davon unberührt.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Abschließend gibt EGR Mack nachfolgendes Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Die Debatten sind jetzt teilweise schon über eine halbe Stunde lang.“

19. Selbstständiger Antrag der Grünen vom 28.06.2023 - Rechtssicherheit und Transparenz: Tonaufnahmen von Sitzungen des Gemeinderats erlauben

Sachverhalt:

In der 16. GR-Sitzung am 28.06.2023 hat die Fraktion der Grünen den Selbstständigen Antrag zum Thema „Rechtssicherheit und Transparenz: Tonaufnahmen von Sitzungen des

Gemeinderats erlauben“ eingebracht. Die Begründung ist im entsprechenden Antrag zu entnehmen.

GV Pacher bekundet sein Verständnis über die Intention des Antrages. Die Tonbandaufnahme stellt bislang lediglich eine Unterstützung bei der Erstellung der Niederschrift für die Schriftführerin dar, welche jedoch auch für die Protokollfertiger einhörbar sein sollte. Demnach sieht er eine derartige Abänderung als notwendig, sofern Streitigkeiten im Raum stehen. Er würde jedoch keiner privaten Tonbandaufnahme zustimmen.

Im Zuge dessen bringt GV Pacher hierzu einen Abänderungsantrag der FPÖ ein (Anlage 9):

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Antragstext wird wie folgt geändert:

„Der Gemeinderat beauftragt den Amtsleiter im Sinne des § 36 Abs. 4 K-AGO mit der Anfertigung von Tonaufnahmen aller Sitzungen des Gemeinderats, des Gemeindevorstands sowie der Ausschüsse. Es kann sich um ebenjene Tonaufnahmen handeln, die ohnehin bereits zur Erleichterung der Verfassung der Niederschrift angefertigt werden. Die Tonaufnahmen sind bis zur Unterfertigung der Niederschrift bestellten, Mitglieder bzw. bei strittigen Richtigstellungen im Sinne des § 45 Abs. 5 K-AGO dem Gemeinderat, dem Gemeindevorstand oder dem betroffenen Ausschuss temporär zugänglich zu machen.“

Vzbgm Köfer empfindet den Beschlusstext des Abänderungsantrages als zu umfangreich und würde vorschlagen diesen Antrag in Form eines selbstständigen Antrages im Ausschuss zu beraten.

Während Vzbgm Köfer seine Ausführungen dem Gemeinderat näher bringt wird dieser von GR Hadl unterbrochen. Sodann kommt die Vorsitzende dem nach und erteilt diese GR Hadl einen Ruf zur Ordnung.

GR Gappnig widerspricht Vzbgm Köfer insofern, als für ihn der Abänderungsantrag nicht zu umfangreich gefasst sei. Aus seiner Sicht wäre es womöglich von Vorteil, wenn Protokollfertiger die Tonbandaufnahme einhören könnten. Zugleich spricht er sich auch gegen private Tonbandaufnahmen aus und empfindet er den Abänderungsantrag der FPÖ als plausibel.

Die Vorsitzende gibt sodann an, dass sie die Gefahr sieht, dass dadurch die Gemeinderatssitzungen länger werden würden. Sie stellt jedoch auch klar, dass sie zum aktuellen Zeitpunkt dem sowohl keine Zustimmung als auch Ablehnung entgegenbringt und sie demnach eine weitere Vorberatung im Ausschuss des eingebrachten Antrages der FPÖ befürwortet.

GR Hadl weist darauf hin, dass in Österreich eine private Tonbandaufnahme nicht konkret untersagt werden kann. Überdies appelliert sie daran, dass Beschlüsse für die Gemeinderäte eine Haftung nach sich ziehen und demnach derartige Aufnahmen herangezogen werden können.

GR Neuscheller schließt sich Vzbgm Köfer an und spricht sich für eine Vorberatung im Ausschuss aus.

Nach kurzer Diskussion zieht GV Pacher den Abänderungsantrag zurück und formuliert stattdessen einen selbstständigen Antrag.

Beschlusstext:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Anfertigen von Tonaufnahmen der Sitzungen des Gemeinderats durch deren Mitglieder wird hiermit im Sinne von K-AGO § 36 (4) erlaubt. Veröffentlichung, Vorspielen oder Weiterreichen der Aufnahmen an Dritte ist nicht gestattet. Die Tondaten sind so aufzubewahren, dass sie nicht Dritten zugänglich sind.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (1)

Gabriele Hadl,

Gegenstimme(n) (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Facility Management, Wirtschaft und Umwelt

GR Mikula erklärt sich für den nächsten Tagesordnungspunkt als befangen und verlässt um 20.15 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

20. Antrag an den Gemeinderat - Wasserskiclub Kabinen Promenadenbad

Sachverhalt:

Am 20.09.2022 langte im Gemeindeamt ein Ansuchen des UWWC betreffend Clubräumlichkeiten im Strandbad Pörschach ein. Konkret bezieht sich der Antrag auf eine Zutrittsmöglichkeit in das Strandbad außerhalb der Öffnungszeiten, sowie eines exklusiven Kabinenbereiches der als Clubraum genutzt wird.

Nach einer Beratungszeit innerhalb der Fraktionen, wurde dieser Tagesordnungspunkt in der 9. FWU-Sitzung am 17.10.2022 vorberaten. In dieser Sitzung wurde festgestellt, dass bezüglich dieser Thematik bereits einige Beschlüsse in der Vergangenheit getroffen wurden (siehe Anhang) und ein Ortsaugenschein unter Beiziehung des Bademeisters als weiteren Schritt festgehalten.

Nach einem Ortsaugenschein in der 11. FWU-Sitzung am 06.02.2023 wurde der Tagesordnungspunkt mit dem Ziel abgesetzt, einen entsprechenden Vertragsentwurf in der nächsten Sitzung zu beraten.

Ein entsprechender Vertragsentwurf liegt zur Diskussion vor und sollten vor allem nachstehende Punkte geklärt werden:

- Wird ein Außenbereich zur Verfügung gestellt?
- Soll es einen Kündigungsfreien Zeitraum geben? (Wunsch UWWC 10 Jahre)
- Sollen die Wasser/Strom und Kanalgebühren separat abgerechnet werden oder in der Jahrespauschale enthalten sein?
- Wie viele Zutrittschips und in weiterer Folge Saisonkarten sollen in der Pauschale enthalten sein?
- Wie hoch soll die Jahrespauschale sein? (Saisonkarte á € 72, Kabine á € 88)

Die offenen Punkte wurden in der 13. FWU-Sitzung am 03.05.2023 geklärt und sind im Beschlusstext festgehalten.

In der 41. GV-Sitzung am 23.05.2023 wurde der Selbstständige Antrag wieder an den zuständigen Ausschuss zurückverwiesen. Ziel soll es sein eine Option im ersten Stock zu besprechen sowie die aktuell genutzten Räumlichkeiten in den Vertrag mit aufzunehmen.

Die überarbeiteten Pläne für den 1. Stock wurden am 02.08.2023 dem Amt übermittelt und in der 14. FWU-Sitzung am 02.08.2023 positiv vorberaten.

GV Pacher befürwortet diesen Tagesordnungspunkt, sofern die vorgelegte Variante für den Wasserskiclub passabel ist.

GR Göbel erkundigt sich nach dem damit verbundenen Kosten. Daraufhin erklärt, GV Pacher, dass diese nicht die Gemeinde betreffen. Dem schließt sich die Vorsitzende an.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der Nutzungsvereinbarung zwischen dem UWWC und der Gemeinde Pörtschach zu. Eine jährliche Nutzungspauschale von € 1.500, -- brutto inkl. 5 Saisonkarten und 5 Zutrittschips, jedoch exkl. Betriebskosten wird vereinbart. Diese sind auf Basis von Zählern zu ermitteln und zu verrechnen. Der Außenbereich betrifft wie laut Plan, Stiege und Balkon. Zudem ist ein kündigungsfreier Zeitraum von 5 Jahren vorzusehen. Mit der Ausnahme einer Generalsanierung des Promenadenbades.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (1)

Gabriele Hadl,

GR Göbel gibt sein Abstimmungsverhalten wie folgt zu Protokoll: „Ich bin dafür aber möchte festhalten, dass meine Frage nicht beantwortet wurde.“

GR Mikula nimmt um 20.19 Uhr seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Raumplanung, Bau und Lärmschutz

21. Antrag an den Gemeinderat - Vereinbarung über die Übernahme der Planungskosten TBP Werzer´s Hotel Resort

Sachverhalt:

Der Grundstückseigentümer der Parzelle Nr. 1215, KG 72152 (Seehotel Werzer Wallerwirt GmbH) regt zum erlassenen textlichen Bebauungsplan der Gemeinde Pörtschach am WS einen Teilbebauungsplan „Werzer´s Hotel Resort“ an.

Der Entwurf des Teilbebauungsplans „Werzer´s Hotel Resort“ wurde in der 20. RBL-Sitzung am 07.09.2023 als positiv befunden und zur Vorprüfung freigegeben.

Eine Vereinbarung über die Beteiligung der Grundeigentümer an den durch die Änderung des Bebauungsplanes zu erwartenden Planungskosten liegt vor.

Ergänzend führt Vzbgm Köfer als Berichterstatter aus, dass dieser Tagesordnungspunkt lediglich die Kostenübernahme der Planungskosten durch den Bauwerber betrifft. Hier geht es somit nicht um den Beschluss eines Projektes, sondern lediglich, dass die Kosten nicht von der Gemeinde getragen werden müssen und sie an den Bauwerber übertragen kann.

GR Hadl meldet sich mit drei Fragen. Erstens, seit wann die Vorsitzende von diesem Teil des offenbar neuen Werzers-Projekts wisse. Zweitens, ob es korrekt sei, dass hier Parkplätze geschaffen würden als Teil des neuen Gesamtprojekts. Drittens, ob der Teilbebauungsplan nicht schon fertig sei und wenn ja, warum er nicht Teil der Akteneinsicht gewesen sei. Die Vorsitzende erklärt, der Teilbebauungsplan sei im RBL Ausschuss bereits vorgestellt und dem Land zur Vorprüfung geschickt worden.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Vereinbarung zur Übernahme der Planungskosten zum TBP Werzer's Hotel Resort zu.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (16)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Gegenstimme(n) (1)

Gabriele Hadl,

Enthaltung(en) (2)

Dieter Mikula, Florian Pacher,

22. Antrag an den Gemeinderat - Friedensforst

Sachverhalt:

Der Vorschlag wäre, die Errichtung eines Friedensforstes östlich der Urnenmauer am Friedhof auf Grundstück Nr. 864/1, KG 72152.

Ziel ist es zusammen mit der Bestattung Kärnten einen Friedensforst zu errichten. Als positives Beispiel in unserer unmittelbaren Umgebung kann der Friedensforst in Velden herangezogen werden.

Das grundsätzliche Konzept kann auf der HP der Kärnten Bestattung eingesehen werden:

<https://friedensforst.at/die-naturbestattung/>

Die Widmung auf der Fläche ist bereits Grünland – Friedhof – also keine Änderung erforderlich. Der Weg müsste eventuell verlegt werden.

GR Mikula weist darauf hin, dass es seiner Ansicht nach schönere und adäquatere Plätze und Orte für einen Friedensforst gäbe.

EGR Mack befürwortet dahingehend die vorgeschlagene Idee.

EGR Paulitsch weist die alternativen Vorschläge von GR Mikula mit Argumenten zurück und verteidigt den geplanten Standort am Friedhof als bessere Lösung.

Vzbgm Köfer verlässt von 20.34 Uhr bis 20.36 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

GV Pacher schließt sich EGR Paulitsch an und empfiehlt anschließend eine Zurückweisung zur nochmaligen Beratung in den Ausschuss, um einen anderen Standort gemeinsam mit der Kirche zu finden.

GR Göbel stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung, um die Debatte betreffend diesen Tagesordnungspunkt zu schließen.

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (17)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Dagegen-Stimmen (2)

Florian Pacher, Harald Josef Korak

Die Vorsitzende gibt an, dass die Bevölkerung einen Friedensforst haben möchte und dem nachgegangen werden müsste, da hier keine enormen Kosten für die Gemeinde anfallen und keine Umwidmung erforderlich ist. Schließlich bittet sie um eine Zustimmung des Gemeinderates.

EGR Korak befürwortet dieses Vorhaben und gibt an, dass die WC-Anlage auch saniert werden sollte.

GR Gappnig plädiert den Beschluss für diesen Platz zu fassen, da dadurch keine Umwidmung vorgenommen werden müsse und das Vorhaben lediglich mit geringen Kosten verbunden sei. Überdies würde es unserem bestehenden Friedhof eine gewisse Aufwertung verleihen.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt der vorliegenden Kooperationsvereinbarung mit der BKG Bestattung Kärnten GmbH für einen Friedensforst am Grundstück 864/1, KG 75152 zu.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

GR Mikula gibt abschließend wie folgt sein Abstimmungsverhalten zu Protokoll: „Weil ich persönlich keinen Gefallen daran finde, lasse ich mich gerne von dem Wunsch der Bevölkerung so zu sagen überzeugen.“

23. Antrag an den Gemeinderat - Halte- und Parkverbot ASFINAG-Unterführung

Sachverhalt:

Aufgrund der aktuellen Park- bzw. Abstellsituation bei den Autobahnunterführungen im Bereich der Gemeinde Pörschach, ist geplant die aktuelle Halte- und Parkverbot Verordnung entsprechend anzupassen.

In der Gemeinde betrifft dies 8 Unterführungen. Die Kosten für die Beschilderung würde die ASFINAG übernehmen.

In den Vorberatungen erging zudem der Wunsch die Unterführung K20 – Moosburgerstraße mit der Zusatztafel „ausgenommen bei Veranstaltungen in der Leonstein Waldarena“.

GR Paulitsch erkundigt sich, ob die Bogenschützen in der Ausnahmeregelung auch inkludiert wären. Die Vorsitzende erklärt, dass sich die Ausnahme lediglich auf Veranstaltungen in der Leonstein Waldarena bezieht.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat stimmt einer Erweiterung der aktuellen Verordnung „Halte und Parkverbot“ dahingehend zu, dass alle Autobahnunterführungen als Halte- und Parkverbot zusätzlich aufgenommen werden.*

Beschluss: mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl,

Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier,
Herbert Paulitsch,
Enthaltung(en) (1)
Erich Göbel,

24. Antrag an den Gemeinderat - Grenzbereinigung von öffentlichem Gut zum Grundstück des Herrn Dr. Reichenauer Lindenhofweg

Sachverhalt:

Die Gemeinde Pörschach am Wörther See beabsichtigt den Lindenhofweg in Höhe des Grundstückes von Herrn Dr. Reichenauer dem Naturbestand anzupassen. Hierzu ist die Übernahme in das öffentliche Gut bzw. die Auflassung des öffentlichen Gutes notwendig.

Es handelt sich um folgende Grundstücke:

215/8, KG 72164 – Dr. Reichenauer
8 m² zu öffentlichem Gut (Teilstück 1)
8 m² von öffentlichem Gut (Teilstück 2)

782/1, KG 72164 – öffentliches Gut
8 m² an Dr. Reichenauer (Teilstück 2)
8 m² von Dr. Reichenauer (Teilstück 1)

Die Kundmachung erfolgte am 06.09.2023 und ist bis 21.09.2023 angeschlagen.

Die Kosten werden wie bei der letzten Grenzbereinigung von Herrn Dr. Reichenauer übernommen.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat möge beschließen:
Der Gemeinderat beschließt die Zustimmung zum Entwurf zur Mappenberichtigung unter Vorbehalt der Kostenübernahme durch Herrn Dr. Reichenauer.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (19)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Dieter Mikula, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

25. Selbstständiger Antrag der FPÖ vom 28.06.2023 - Attraktivieren statt Zubetonieren

Sachverhalt:

In der 16. GR-Sitzung am 28.06.2023 wurde von der Fraktion FPÖ ein selbstständiger Antrag zum Thema „Attraktiveren statt Zubetonieren“ gestellt. Eine genaue Begründung zum Beschlussvorschlag liegt nicht vor.

GV Pacher gibt an, dass er trotz Ablehnung des zuständigen Ausschusses hinter diesem Antrag stehe.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Gemeinde bekennt sich zu einer offiziellen Position für Maßnahmen, die Bodenversiegelung verringern, Existierendes nutzen und das Seeufer attraktiveren, sowie gegen künstliche See- und Ufererweiterungen, etwa in Form von Kanälen, Lagunen, Konferenz-Flossen etc..*

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (6)

Erich Göbel, Gabriele Hadl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak,

Gegenstimme(n) (13)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Martin Gressl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Verhandlungsgegenstände im Wirkungsbereich des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport

GR Mikula spricht sich für den nächsten Tagesordnungspunkt als befangen aus und verlässt somit um 20.50 Uhr seinen Platz im Gemeinderat.

26. Antrag an den Gemeinderat - Sportlerehrungen 2021 bis 2022

Sachverhalt:

– 2020: Die Ehrungen für 2019/2020 fanden im Sommer 2021 statt, in der Zeit danach fanden Corona-bedingt kaum Wettkämpfe statt und sind Herrn Mikula daher keine offenen Ehrungen bekannt.

– 2021 & 2020: Sportjahresrückblick von GR Dieter Mikula wird in der Sitzung vorgestellt.

In der 12. SKS-Sitzung wurden folgende Nominierungen vorgeschlagen:

Jahr	Sportler/in	Verein	Höchste Leistung	Ja/Nein/Sonder	Betrag
2021	Herren	SG Wörthersee	Aufstieg	Erwähnung	
2022	Alina Loibnegger	Nascar	Profi	Erwähnung	
2021	Luca Rauchenwald	UWWC	EM Elite Bronze	Ja	€ 150,00
2022	Kathi Hafner	UWWC	EM Klasse Bronze	Ja	€ 150,00
2021	Pia Mattersdorf	UWWC	EM Klasse Gold	Ja	€ 150,00
2021	Herren 75	ASVÖ Tennis	KTM Gold	Ja	€ 150,00
2022	Damen 55+	ASVÖ Tennis	ÖM Gold	Ja	€ 150,00
2021	Damen 60	ASVÖ Tennis	ÖM Silber	Ja	€ 150,00
2021	Nico Juritsch	Velden WS	ÖSTM Gold	Ja	€ 150,00
2022	Rosalie Flaschberger	Tanzen	WM Gold	Ja	€ 150,00
2022	Tobias Brix	Tennis U6	vorbehalt KTNM U6	Ja	€ 150,00
2021	Tina Krassnig	ÖFB	Kapitänin	Sonder	€ 150,00
2021	Claudia Orlitsch	Pritschitz aktiv	Teilnahme	Sonder	€ 150,00

Der Preis für die Ehrungen soll in Form von Pörschacher Talern und Geschenkekörben erfolgen. Je Ehrung sollen € 150,-- investiert werden (€ 100,-- in Talern und € 50,-- für den Geschenkekorb). Die Ehrung soll im Rahmen eines Sportempfanges im Lesesaal stattfinden.

Der Termin sollte in der zweiten Oktoberhälfte bzw. Anfang November gelegt werden. Für die Ehrung ist vom Amt aus, eine Einladung an alle nominierten Personen zu senden.

GV Pacher weist darauf hin, dass die Gemeinde die Sportler in Form der angeführten Art und Weise ehren sollte. Er wäre jedoch für alternative Vorschläge offen.

Vzbgm Köfer empfindet eine derartige Ehrung der Sportler als adäquat und befürwortet speziell die Ehrung von jungen Sportlern. Schließlich stellt er seine Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt in Aussicht.

GR Gappnig betont, dass es hierbei lediglich um die Wertschätzung der Gemeinde gegenüber den Sportlern geht.

Die Vorsitzende bedankt sich bei GV Gressl und GR Mikula, dass sie die Sportlerehrung bis dato stets in einem tollen Rahmen durchgeführt haben. Sie empfindet es als wichtig die Sportler vor den Vorhang zu holen und zu ehren.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat wolle beschließen
Der Gemeinderat ehrt die Sportlerinnen und Sportler laut beiliegender Liste für Ihre sportlichen Erfolge für die Jahre 2021 und 2022. Die Ehrung soll im Rahmen eines Sportempfanges stattfinden. Je Ehrung soll ein Gesamtwert in Höhe von € 150,-- (in Form von Pörtschacher Talern und einem Geschenkekorb) investiert werden.*

Beschluss: einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (18)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Renate Haider, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Florian Pacher, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

GR Mikula nimmt um 20.59 Uhr seinen Platz im Gemeinderat wieder ein.

27. Selbstständiger Antrag der SPÖ vom 27.04.2022 - Fahrsicherheitstraining

Sachverhalt:

In der Gemeinderatssitzung am 27.04.2023 wurde der nachstehende Selbständige Antrag der SPÖ eingebracht. Die entsprechende Begründung ist dem Anhang zu entnehmen.

GV Pacher gibt an, dass dieser Antrag im Ausschuss nochmal behandelt wurde und die Überlegung der SPÖ hierzu im Raum stand, dass die Gemeinde einen Teil der finanziellen Leistung übernehmen könne.

GR Göbel würde es eher befürworten den jungen Leuten auf Pörtschach einen Zuschuss zum Klimaticket beizusteuern.

GV Gressl weist darauf hin, dass das Klimaticket in Kärnten schwer angewendet werden könne und sieht dies als Leistung der Gemeinde.

Vzbgm Köfer empfindet den Führerschein auch als wichtig für den jungen Menschen aber sieht eine derartige Zuständigkeit nicht bei der Gemeinde.

Beschlusstext:

*Der Gemeinderat wollte beschließen:
Mit Stichtag 01. Juli 2022 sollten die Kosten des Fahrsicherheitstrainings für alle Führerscheineulinge, mit Hauptwohnsitz in Pörtschach, durch die Gemeinde Pörtschach übernommen werden.*

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (7)

Mario Gappnig, Martin Gressl, Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Harald Josef Korak, Alexander Maier,

Gegenstimme(n) (12)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Erich Göbel, Gabriele Hadl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Johannes Hirsch, Raphael Mack, Herbert Paulitsch,

28. Allfälliges

GV Pacher freut sich, dass zwischenzeitlich zwei FPÖ-Anträge umgesetzt wurden. Die Sicherheitsmarkierungen im Bereich der Volksschule sind erneuert und die ersten drei Telefonzellen wurden ihrer neuen Verwendung zugeführt.

GV Pacher erkundigt sich überdies, ob es eine Änderung bei den nächsten Terminen gegeben hätte. Darauf geht die Vorsitzende anschließend in ihrem Bericht näher ein.

GR Hadl weist auf zwei Veranstaltungen, wie „Stadt, Land, Boden“ und die Schulung kommunale Herbstkonferenz“ hin. Zudem gibt sie an, dass sie an der erwähnten Schulung teilnimmt und die entsprechende Einladung an alle Gemeinderäte bereits weitergeleitet hat.

GR Maier gibt an, dass es im Bad zu Platzbesetzungen käme. Ergänzen lädt er im Namen der Dorfgemeinschaft zum 7. Pörschacher Kulinarik Oktoberfest von 29.09. bis 01.10. ein.

GR Gappnig gibt einen Rückblick auf den Sommer 2023. Es waren die Seekids auf der Whaliswiese und auch Kinder mit Beeinträchtigungen waren hier in Pörschach. Er bedankt sich auch für die Unterstützung bei dem gesamten Gemeinderat.

Richtigstellung der Niederschrift der 16. GR-Sitzung vom 28.06.2023

Es wurden keine Richtigstellungsbegehren zur 16. GR-Sitzung eingebracht.

Bericht über beantwortete Aufsichtsbeschwerden gemäß § 104a Abs. 5 K-AGO

Aufsichtsbeschwerde von GR Hadl vom 21. Dezember 2022, Zahl: 03-KL35-104/2-2023 zum Thema Dringlichkeitsantrag, Spende Weihnachtsessen“ – Erledigung vom 29. Juni 2023

29. Bericht Bürgermeisterin

- Einladungen:
 - Stadt, Land, Boten am 02.10.
 - Alpenkonvention am 21.09.
 - Fahrt nach Rivignano am 04.11.
 - Oktoberfest 01.10.2023 mit Einzug der Vereine
- Unterzeichnung LOI betreffend neue, gemeindeübergreifende Projekte über den Zentralraum Kärnten+
- Neue Termine:
 - GR: 07.02.2024
24.04.2024
03.07.2024
 - GV: 29.01.2024
15.04.2024
24.06.2024

30. Anfragen und Anträge

Zuletzt bringt die Vorsitzende die eingebrachten Anträge der Fraktionen zur Kenntnis:

Selbstständiger Antrag der Grünen gem. §41 K-AGO – Grüner Lärmschutz für Pörtschach

Dieser Antrag wird dem RBL-Ausschuss zugewiesen – Anlage 6.

Selbstständiger Antrag der Grünen gem. §41 K-AGO – Gemeinde-Weihnachtsessen 2023 spenden

Dieser Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen – Anlage 7.

Selbstständiger Antrag der Grünen gem. §41 K-AGO – Verbesserter Zustand zur Bahnstelle Pritschitz

Dieser Antrag wird dem RBL-Ausschuss zugewiesen – Anlage 8.

Selbstständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – „Rechtssicherheit und Transparenz: Tonbandaufnahme von Sitzungen des Gemeinderats erlauben“

Dieser Antrag wird dem Gemeindevorstand zugewiesen – Anlage 9.

Selbstständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – Sanierung Kriegsdenkmal

Dieser Antrag wird dem RBL-Ausschuss zugewiesen – Anlage 10.

Selbstständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – Schwimmstrecke Promenadenbad

Dieser Antrag wird dem FWU-Ausschuss zugewiesen – Anlage 11.

Selbstständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – „Wörthersee“ statt „Wörther See“

Dieser Antrag wird dem FWU-Ausschuss zugewiesen – Anlage 12.

Selbstständiger Antrag der FPÖ gem. §41 K-AGO – GO-MOBIL in Pörtschach

Dieser Antrag wird dem FWU-Ausschuss zugewiesen – Anlage 13.

Dringlichkeitsantrag gem. §42 K-AGO – Ende der Unterstützung des „autonomen Busses“

GV Pacher gibt an, dass sich durch den autonomen Bus kein Mehrwert für die Pörtschacher geben würde und weist darauf hin, dass dieser Bus nach seiner Reparatur nicht mehr in Pörtschach aufgestellt wird, weshalb sich auch die Dringlichkeit daraus ergibt, dass dies vor Rückkehr des Buses behandelt werden müsse.

Vzbgm Köfer geht davon aus, dass der autonome Bus im Jahr 2023 nicht mehr zurückkehren werde und bestehe für ihn hier keine Dringlichkeit.

Vzbgm Schandl befürwortete eine diesbezügliche Vorberatung im zuständigen Ausschuss.

GR Neuscheller schließt sich seinen Vorrednern an und bietet er an, den vorliegenden Antrag im FWU-Ausschuss zu behandeln.

Anschließend lässt die Vorsitzende den Gemeinderat über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür-Stimmen (5)

Renate Haider, Dieter Mikula, Florian Pacher, Johannes Hirsch, Harald Josef Korak,

Dagegen-Stimmen (14)

Bürgermeisterin Mag. Silvia Häusl-Benz, Ramona Diexer, Mario Gappnig, Erich Göbel, Martin Gressl, Gabriele Hadl, Vizebürgermeister Klaus Köfer, Mst. Christian Kolbitsch, Christoph Neuscheller, Vizebürgermeister Robert Schandl, Sabine Scholl, Raphael Mack, Alexander Maier, Herbert Paulitsch,

Dieser Antrag wird dem FWU-Ausschuss zugewiesen – Anlage 14.

Ende der Sitzung: 21:26 Uhr.

Der unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelte Teil wird in einer gesonderten Niederschrift protokolliert.

Gelesen und unterfertigt: